

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Johannes Pflug, Dr. Rolf Mützenich,
Dr. Hans-Peter Bartels, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
sowie der Abgeordneten Ute Koczy, Dr. Frithjof Schmidt, Kerstin Müller (Köln),
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/11033 –**

Eine kohärente Gesamtstrategie für Pakistan – Für eine aktive Einbindungsdiplomatie, Stärkung der demokratischen Kräfte und eine verlässliche Entwicklungszusammenarbeit

A. Problem

Nach Auffassung der Antragsteller mangelt es der deutschen und europäischen Außenpolitik trotz einiger Initiativen in den zurückliegenden Jahren an einer kohärenten und ressortübergreifenden Gesamtstrategie für Pakistan. Dem Land komme eine entscheidende Rolle für die Entwicklung der gesamten süd- und zentralasiatischen Region zu. Dabei dürfe Pakistan nicht nahezu ausschließlich unter afghanistanpolitischen Gesichtspunkten wahrgenommen werden. Die schwelenden Konflikte mit Indien, die Friedensbemühungen in Afghanistan, das Verhältnis zwischen Pakistan und den USA sowie enorme innenpolitische Herausforderungen machten es dringend erforderlich, Pakistan international intensiver einzubinden.

Deutschland und die Europäische Union (EU) könnten hier eine wichtige Funktion übernehmen. Die im September 2012 unterzeichnete Roadmap für einen deutsch-pakistanischen strategischen Dialog sei hierzu nur ein erster Schritt.

Die europäische Pakistanpolitik müssen insbesondere zwei Ziele haben. Zum einen, Pakistan stärker in die internationale Gemeinschaft einzubinden. Hierfür wäre ein erster und wichtiger Schritt, darauf hinzuwirken, das Verhältnis zwischen Pakistan und den USA zu verbessern. Darüber hinaus seien vertrauensbildende Maßnahmen mit Indien von besonderer Relevanz. Hier sollte insbesondere Großbritannien durch die EU dazu bewegt werden, seine guten Beziehungen zu beiden Ländern einzusetzen.

Zum anderen müsse es darum gehen, die Zivilgesellschaft und die demokratischen Kräfte in Parlament, Regierung und Justiz als Gegenpol zu korrupten Eliten und einem übermächtigen Militär zu stärken. Pakistan verfüge über eine differenzierte, aktive und starke Zivilgesellschaft. Insbesondere Frauen setzten sich für Veränderungen ein und sollten stärker unterstützt werden.

Ein drittes wichtiges Ziel sei eine Intensivierung der deutsch-pakistanischen Entwicklungszusammenarbeit. Ausbaufähig sei vor allem das seit 40 Jahren bestehende Engagement im Bereich Energieversorgung.

Der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung auffordern, Pakistan auf der außenpolitischen Agenda eine höhere Priorität einzuräumen und die Unterstützung sowie Zusammenarbeit durch verschiedene Maßnahmen in den genannten Bereichen zu intensivieren. Die Lieferung von Kriegsgerät in die Spannungsgebiete Pakistan und Indien solle unterlassen und von Pakistan die Reduzierung des Militärhaushaltes eingefordert werden. Bei Indien und Pakistan solle unter anderem mit Nachdruck darum geworben werden, dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) beizutreten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/11033 abzulehnen.

Berlin, den 7. November 2012

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Philipp Mißfelder
Berichterstatter

Johannes Pflug
Berichterstatter

Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Jan van Aken
Berichterstatter

Dr. Frithjof Schmidt
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Philipp Mißfelder, Johannes Pflug, Bijan Djir-Sarai, Jan van Aken und Dr. Frithjof Schmidt

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/11033** in seiner 201. Sitzung am 25. Oktober 2012 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Haushaltsausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der Antragsteller mangelt es der deutschen und europäischen Außenpolitik trotz einiger Initiativen in den zurückliegenden Jahren an einer kohärenten und ressortübergreifenden Gesamtstrategie für Pakistan. Dem Land komme eine entscheidende Rolle für die Entwicklung der gesamten süd- und zentralasiatischen Region zu. Dabei dürfe Pakistan nicht nahezu ausschließlich unter afghanistanpolitischen Gesichtspunkten wahrgenommen werden. Die schwelenden Konflikte mit Indien, die Friedensbemühungen in Afghanistan, das Verhältnis zwischen Pakistan und den USA sowie enorme innenpolitische Herausforderungen machten es dringend erforderlich, Pakistan international intensiver einzubinden.

Deutschland und die EU könnten hier eine wichtige Funktion übernehmen. Die im September 2012 unterzeichnete Roadmap für einen deutsch-pakistanischen strategischen Dialog sei hierzu nur ein erster Schritt.

Die europäische Pakistanpolitik müssen insbesondere zwei Ziele haben. Zum einen, Pakistan stärker in die internationale Gemeinschaft einzubinden. Hierfür wäre ein erster und wichtiger Schritt, darauf hinzuwirken, das Verhältnis zwischen Pakistan und den USA zu verbessern. Darüber hinaus seien vertrauensbildende Maßnahmen mit Indien von besonderer Relevanz. Hier sollte insbesondere Großbritannien durch die Europäische Union dazu bewegt werden, seine guten Beziehungen zu beiden Ländern einzusetzen.

Zum anderen müsse es darum gehen, die Zivilgesellschaft und die demokratischen Kräfte in Parlament, Regierung und Justiz als Gegenpol zu korrupten Eliten und einem übermächtigen Militär zu stärken. Pakistan verfüge über eine differenzierte, aktive und starke Zivilgesellschaft. Insbesondere Frauen setzten sich für Veränderungen ein und sollten stärker unterstützt werden.

Ein drittes wichtiges Ziel sei eine Intensivierung der deutsch-pakistanischen Entwicklungszusammenarbeit. Ausbaufähig sei vor allem das seit 40 Jahren bestehende Engagement im Bereich Energieversorgung.

Der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung auffordern, Pakistan auf der außenpolitischen Agenda eine höhere Priorität einzuräumen und die Unterstützung sowie Zusammenarbeit durch verschiedene Maßnahmen in den genannten

Bereichen zu intensivieren. Die Lieferung von Kriegsgerät in die Spannungsgebiete Pakistan und Indien solle unterlassen und von Pakistan die Reduzierung des Militärbudgets eingefordert werden. Bei Indien und Pakistan solle unter anderem mit Nachdruck darum geworben werden, dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) beizutreten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11033 in seiner 106. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 17/11033 in seiner 84. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11033 in seiner 125. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/11033 in seiner 70. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/11033 in seiner 68. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/11033 in seiner 75. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11033 in seiner 67. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der

CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Berlin, den 7. November 2012

Der Auswärtige Ausschuss

Philipp Mißfelder
Berichterstatter

Johannes Pflug
Berichterstatter

Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Jan van Aken
Berichterstatter

Dr. Frithjof Schmidt
Berichterstatter

